

Abonnements
werden dem Briefe und lassen
bekanntem Agenten entgegen-
genommen, und zwar zum
Vorwärts zahlbar.
Wochenschriftspreis von:
Mk. 4.40 für Deutschland (Postfrei
per Brief-Post)
Mk. 2.75 für Österreich (Postfrei
per Brief-Post)
Mk. 2. — für alle übrigen Länder
inkl. Postgebühren (Kontingenz).

Inserte
die beizugebende Preiskarte
3 Pence — 25 Bl. — 30 Gr.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Erscheint
wöchentlich einmal
in
London.
Verlag
der
German Cooperative Publishing Co.
E. Barnet, in & Co., London N. W.
114 Kentish Town Road.
Verfassungen
gratis gegen franko
Gewöhnliche Briefe
nach England fallen Doppelporto.

Nr. 32. Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Österreich vertriebenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beachtung der in der Vorrede
abgedruckten Regeln abgeben. In der Regel sollen Briefe nicht über 1000 Wörter, sondern an die Redaktion abzugeben. In zweifelhafte Fällen eingeschrieben.
9. August 1890.

Zur Frage des Terminhandels.

Aus unserm Leserkreis geht uns folgende Zuschrift mit
der Bitte um Aufnahme zu:

„Ein fälsches Heilmittel.“

Der Verfasser des Leitartikels in No. 29 des „Sozialdemokrat“ glaubt
den Artikel: „Ein Schandfleck der modernen Wirtschaftsordnung“
(Terminhandel in Nahrungs- und unmetabolischen Verbrauchsgegen-
ständen betreffend), wegen seiner Schlussfolgerungen zu Ruin und From-
men der Leser bekämpfen zu müssen. Lassen wir ihn selbst nochmals
sprechen. Er sagt:

Soweit es sich um die Brandmarkung der mit diesem Zweig
des bürgerlichen Wirtschaftssystems verbundenen Schwindelereien
und Räuberereien handelt (nämlich des Terminhandels), ist der Ar-
tikel sehr verdienstvoll und zu unterzeichnen. Dagegen können wir
nicht umhin, seine Schlussfolgerungen zu bekämpfen. Die Heilmittel,
die der Verfasser vorschlägt, würden gerade in der Richtung wirk-
lungslos, ja sogar schädlich sein, auf die es uns, als Sozialisten,
allein ankommt.

Nicht im Geringsten würden die Heilmittel für uns als Sozialisten
schädlich sein, wohl aber von großem Nutzen, denn es ist eine ausge-
machte Thatsache, daß der Staat sehr wohl im Stande ist, diesem Un-
sinn zu steuern, wenn er nur irgend ein fünfköpfiges Lust dazu hätte. Es
liegt lediglich in der Hand des Handelsministers, den Terminhandel
an der Börse zu verbieten oder nicht zuzulassen, und damit wäre dem
Terminhandel der Lebensnerv unterbunden. Die Sache wäre demnach
geregelt und für uns Sozialisten auch nicht zum Schaden. Wohl ist es
möglich, daß dann das Geschäft privatim weiter betrieben würde; aber
Niemand würde sich mehr darum kümmern, der Terminhandel würde
an Bedeutung verlieren und für die Produzenten und Konsumenten nicht
mehr maßgebend sein.

Der Verfasser führt nun in seiner Entgegnung weiter an:
„Der Terminhandel ist eine durchaus natürliche Folge des
bürgerlich-kapitalistischen Wirtschaftssystems und seine Entziehung
fällt zusammen mit der Entziehung und Vervollständigung der
modernen Verkehrsmittel und des Verkehrsweins überhaupt. Er
ist zunächst weiter nichts, als eine erleichterte Form des Waaren-
verkehrs.“

Zugegeben, daß der Terminhandel eine natürliche Folge des heutigen
bürgerlich-kapitalistischen Wirtschaftssystems ist, so kann doch nicht
behauptet werden, daß der Terminhandel eine Erleichterung des Waaren-
verkehrs ist.

Der Terminhandel, oder richtiger gesagt: der Waarenhandel auf
eine bestimmte Zeit ist und bleibt ein Schwindel und kann daher keines-
falls als Erleichterung des Verkehrs gelten.

Nun gibt der Verfasser eine Erklärung, daß der Großkaufmann sein
Geld zum Beispiel aus allen Weltgegenden bezieht und die große
Masse der Bevölkerung ein Interesse daran hat, den Import zu er-
leichtern.

Ganz recht, die große Masse hat ein Interesse daran, daß der Im-
port erleichtert wird — aber dazu trägt keineswegs der Terminhandel
bei. Der Terminhandel in Produkten ist durchaus nicht eine not-
wendige Einrichtung, um den Weltverkehr zu erleichtern. Gerade das
Gegenteil läßt sich annehmen. Steigt zum Beispiel eine gute Ernte in
Aussicht, so drückt der Spekulant die Preise dermaßen herunter, daß
sich der Produzent sagt: zu solcher Spottpreis kann ich mein Ge-
treide nicht abgeben und wartet eine günstigere Gelegenheit ab. Kommt
sie nicht, so ist er gezwungen, noch billiger zu verkaufen als er seiner-
zeit hätte verkaufen können, und die logische Folge ist, daß der Pro-
duzent in seiner Heimat die Arbeitslöhne noch mehr drückt. Ob
nun der Kapitalist sein gekauftes Getreide wieder verkauft oder
nicht, bevor er es gesehen hat, kann für die konsumierende Masse gleich-
gültig sein.

Nun heißt es im Leitartikel des „Sozialdemokrat“ weiter:
„Ob bei diesen Geschäften Spekulant Meyer den Spekulant
Schulze über's Ohr haant, ob Ditsch bankrott macht und Cohn einen
festen Gewinn einfaßt, kann für das große Publikum gleichgültig
sein. Die Frage ist vielmehr, welches ist die volkswirtschaftliche
Bedeutung derselben? Der Verfasser des zitierten Artikels meint:
eine Schädigung des konsumierenden Publikums. Das ist aber nicht
richtig. Eine solche kann zeitweilig eintreten und ist auch schon
eingetreten, im Großen und Ganzen hat das konsumierende Publi-
kum von diesen Vorgängen nicht zu leiden.“

Zunächst, es ist auch ganz gleich, ob Spekulant Meyer oder Schulze
gewinnt, aber die Wirkung dieser Spekulation ist der konsumierenden
Masse durchaus nicht gleich, weil sie eine große Schädigung für sie ist
und bleibt. Wenn nun der Verfasser sagt: Das ist nicht richtig, so ist
hieraus zu entnehmen, daß es sehr wohl an dem ist, und daß einzig
allein das konsumierende Publikum derjenige Teil ist, der unter diesen
Börsen-Mandern zu leiden hat.

Weiß denn der Verfasser des fraglichen Artikels nicht, was die
Schuld war, daß die Weber von Greiz und Wera bei dem Streik unter-
lagen? Es soll zum Schluß versucht werden, dieses nachzuweisen.
Nun kommt das Beste.

Im Gegentheil. Der Terminhandel hat im hervorragendem
Maße mit dazu beigetragen, Thenerungen durch Aufläufe zu er-
schweren. Die Käufer leben sich heute ganz anders Möglich-
keiten der Durchkreuzung ihrer Pläne ausgesetzt, als in früheren
Zeiten. Die Tendenz, die dem Handel im Allgemeinen innewohnt,
eine Ausgleiche der Preise herbeizuführen, wird durch den Termin-
handel noch gehindert.

1889 wurden in Deutschland in den Kammern circa 15 Millio-
nen Kilo Kammgarn produziert, während im Termin allein über 60 Mil-
lionen Kilo gehandelt wurden. Von diesen 60,000,000 kamen circa
500,000 Kilo zur Andienung, d. h. welche abgenommen wurden. Das
übrige Quantum wurde von den Kammgarnspinnereien direkt gekauft,
also ohne Vermittlung des Terminhandels. Seit diesem Jahre hat
sich, wie ja schon bemerkt, Leipzig hinzugesellt; und glücklich hat man
es so weit gebracht, daß allein in diesem Jahre das Kilo Kammgarn
eine Mark im Preise zurückging.

Ging und allein ist dies nur durch das Termingeschäft hervorgerufen
worden. Die Spekulanten verkauften Unmengen. Die Spinner und
Weber sowie Detaillisten verhielten sich reserviert, kauften nicht, und so
kam es, daß die Textil-Industrie bis dato sehr schlecht ging und etwa
200,000 Arbeiter beschäftigungslos wurden. Wenn auch nicht für die
ganze Zeit, so gab es doch fast keine ganze Arbeitswoche für den Pro-
letariat. Natürlich spielte die Hülfs-Bill eine große Rolle, und die
Arbeiter waren und sind die Geschädigten.

Als ein wichtiger Punkt für die richtige Beurteilung des Termin-
handels verdient noch der Streik der Greiz-Weber hervorgehoben zu
werden und zwar nur soweit, als er mit dem Termin-
geschäft zu thun hat. Sofort bei Ausbruch der Arbeitseinstellung
wurden die Preise 25 Pf. pr. Kilo herabgedrückt. Eine weitere Folge
war, daß die Detaillisten noch viel spüriger wurden und mit ihren Be-
stellungen noch mehr zurückhielten. Die Wollenshopper beorgten das
Uebrige, die Greiz-Weber Fabrikanten hatten keine Aufträge, sie brauch-
ten ihre Stühle nicht stehen zu lassen, weil die Arbeiter streikten, und
die Weber unterlagen nach 4 Wochen mit allen Regeln der Kunst. Die
Sozialdemokratie hat also wohl die hohe Aufgabe, den Terminhandel,
sei es in Nahrungsmitteln oder Waaren, zu bekämpfen, weil er für die
arbeitende Bevölkerung nur schädlich ist.

Wird der Preis durch den Spekulanten im Termingeschäft künstlich
in die Höhe getrieben, so hat der arme Mann, also der Konsument,
dies zu bezahlen. Wird der Preis hingegen wieder herabgedrückt, so
bekommt der Konsument die Waare nicht billiger! Das ist die Logik
des Terminhandels. Also fort mit dem Terminhandel, diesem Wucher-
geschäft. Er bedeutet weiter nichts als eine Ausbeutung des Volkes.

Der Kürze halber lassen wir die Antwort gleich in dieser
Nummer folgen.

Im Allgemeinen stellt der Einsender unseren Ausführungen
über den Terminhandel nichts als Behauptungen gegenüber,
denen jede Spur eines Beweises fehlt. So z. B. hat er
auf den Satz, daß der Terminhandel eine erleichterte Form
des Waarenverkehrs ist, nichts als die Erwiderung: „der
Terminhandel ist und bleibt ein Schwindel“. Ja, das kann
man gefälligst vom Handel im Allgemeinen gleichfalls sagen,
und hat es auch gesagt. Wir erinnern nur an Benjamin
Franklins berühmten Ausspruch: „Handel ist Prellerei“. Es
ist Franklin aber nicht eingefallen, deshalb den Handel ver-
bieten zu wollen. Und obgleich wir dessen nicht ganz sicher
sind, wollen wir auch vom Einsender annehmen, daß seine
polizeilichen Gelüste soweit nicht gehen.

Das einzige thatsächliche Beispiel, das er für die Gemein-
schädlichkeit des Terminhandels anführt, ist die Behauptung,
daß derselbe Schuld sei an dem Streik der Greizer Weber,
bzw. der Niederlage derselben. Angenommen, daß das richtig
ist, was aber aus seiner Darlegung nicht hervorgeht, was
wäre damit bewiesen? Hat es nicht Streiks in der Kamm-
garn-Industrie gegeben, ehe der Terminhandel in ihren Ar-
tikeln aufkam, und sind nicht schon früher Streiks der Ar-
beiter dieser Industrie verloren worden? Warum nicht gleich
alle Neuerungen auf dem Gebiete des Handels und der In-
dustrie, die verlorene Streiks herbeiführten, polizeilich ver-
bieten lassen? Das wäre wenigstens logisch. Freilich wäre
es deshalb noch nicht sozialdemokratisch, wohl aber echt
jüngerlich.

Die ganze Argumentation des Einsenders ist von dem
Geist der Hülfserei durchdrungen. Weit entfernt, zu läugnen,
daß der Terminhandel zeitweilige Schädigungen des kon-
sumierenden Publikums zur Folge haben kann, haben wir das
in unserm Artikel ausdrücklich hervorgehoben. Und was vom
konsumierenden Publikum gilt, gilt natürlich auch von den
Produzenten. Am meisten freilich in der ersten Zeit der Ein-
führung des Terminhandels in der betreffenden Branche, wie
überhaupt alle Neuerungen nicht ohne große Unzuträglichkeiten
für die Einzelnen sich zu vollziehen pflegen. Das liegt in
dem Wesen des bürgerlichen Wirtschaftssystems und wird
erst aufgehoben, wenn an Stelle desselben das sozialistische ge-
treten ist. Bei allem Mitgefühl für die Betroffenen müssen
wir Sozialdemokraten, als eine Partei des gesellschaftlichen
Fortschritts uns deshalb davor hüten, in das Geschrei ein-
zustimmen, mit dem die reaktionären Utopisten sofort bei der
Hand sind: Hilf Strafgesetz! Hilf Polizei!

Man wird uns gewiß nicht Hinnegung zum Anarchismus
nachsagen, aber die Tendenz, bei jeder Gelegenheit den Po-
lizeistaat heraufzubeschwören, haben wir von jeher bekämpft,
und werden wir stets bekämpfen. Wenn der Staat, wie der
Einsender im Anfang seiner Zuschrift meint, den Termin-
handel unterdrücken soll, weil er ihn unterdrücken kann, nun,
dann läßt sich mit derselben Logik auch die Unterdrückung der
Streiks und Boykotts rechtfertigen. Denn was sich gegen den
Terminhandel vorbringen läßt, läßt sich auch gegen sie in's
Feld führen.

Der Terminhandel ist keineswegs Etwas so willkürliches,
wie der Einsender meint oder doch hinstellt. Je länger er in
einer Industrie besteht, um so mehr lernen alle Beteiligten,
sich darauf einzurichten. So führt er nach und nach zu einer
Ausgleichung der Preise — viel wirksamer, als es der feste
Dandel thut. Ausgleichung der Preise heißt aber Ausgleichung
der Produktionsverhältnisse, und diese Ausgleichung findet statt

in der Richtung der Vervollständigung der Produktionsmittel.
Wohl läuft auch nebenbei die Tendenz der Herabdrückung
der Löhne, aber erstens wohnt diese Tendenz überhaupt der
modernen Produktionsweise inne, und die Verlangsamung des
Prozesses heißt nicht seine Verhinderung, zweitens aber heißt
niemand die Arbeiter, der Sache mit verschärften Armen zu-
zusehen. Im Gegentheil, sie ist eine erneuerte und verstärkte
Mahnung an sie, sich zum Widerstand zu organisieren. Nicht
Polizei, Polizei, Polizei, sondern Organisation, Organisation,
Organisation muß ihr Schicksal sein. Hätte den Greiz-
Weber Arbeiter eine wirklich kampffähige, nicht erst in der
letzten Minute in's Leben gerufene Organisation zur Seite
gestanden, so wäre der Ausgang des Streiks vielleicht doch
ein anderer gewesen.

Werfen wir von Deutschland, wo der Terminhandel in
Industrieprodukten ziemlich neu ist, unsern Blick nach Eng-
land, wo er schon lange besteht, so stellt sich uns ein anderes
Bild dar. Gerade vor einem Jahre spielte sich in den Textil-
bezirken des Nordens eine Bewegung ab, die als typisches
Gegenstück des vom Einsender gewählten Beispiels gelten kann.
Wir meinen den Liverpooler Baumwollentwurf und dessen Be-
festigung durch die organisierten Arbeiter. In Liverpool, dem
Zentralplatz des Baumwollentwurfes, hatte ein Spekulanten-
ring unter Führung eines reichen Holländers, Namens Steen-
strand, alle verfügbare Baumwolle aufgekauft und eine riesige
Preistreibe in Szene gesetzt. Aller Widerstand der einzelnen
Fabrikanten oder Fabrikantengruppen dagegen hatte sich als
wirkunglos herausgestellt. Eine stramme, einheitliche Aktion
gegenüber den Spekulanten war nicht durchzuführen, weil die
Konkurrenzinteressen unter den Fabrikanten ihr im Wege stan-
den. Aber die Spinner und Weber von England haben vor-
treffliche Organisationen und in ihrer Noth wandten sich die
Fabrikanten an diese, an die früher so gehäpften Gewerkschaften,
mit der Bitte, sie — die Fabrikanten — doch im gemein-
samen Interesse gütigst zu geschlossenem Handeln zu zwin-
gen. Die Arbeiter, die wohl sahen, daß hier wirklich ihr
Interesse mit dem der Fabrikanten gegen die Spekulanten
ging, willigten ein, und an ihrer bloßen Drohung schei-
terte der saubere Plan des Herrn Steenstrand. In 24 Stun-
den war sein Baumwollentwurf gebrochen. Er konnte von
Blind sagen, daß er überhaupt noch mit heiler Haut davon
kam. *)

Wir sind gewiß keine Selbsthelfer, aber der in Deutsch-
land herrschenden Sucht, bei jeder Gelegenheit den Staat
als Retter anzurufen, müssen wir denn doch ganz energisch
entgegentreten. Sie ist eine Schwäche, die in ihren Kon-
sequenzen zur Enttönerung der Arbeiterbewegung führen würde.
Die Proletarier müssen die Staatsgewalt erobern und sich
ihnen dienbar zu machen suchen, aber sie dürfen mit ihr
keinen Kultus treiben, nicht auf sie als den Schöpfer und
Spender alles Guten blicken. Schließlich hängt ihre Befrei-
ung doch von der Kraft ab, die sie selbst zu entfalten im
Stand sind. Der Emanzipationskampf des Proletariats er-
fordert Männer, selbstbewußte, entschlossene Kämpfer, keine
verspötherten Philister, von denen Deines Wort zutrifft: wenn
ihrer zwölf zusammen sind, bilden sie ein Duzend, und wenn
sie dann einer anfaßt, rufen sie nach der Polizei.

Fort mit dem Terminhandel, diesem Wuchergeschäft. Er
bedeutet weiter nichts, als eine Ausbeutung des Volkes —
schließt der Einsender. Schön. Nehmen wir an, der Staat
schaffe den Terminhandel wirklich „fort“, es dürfte nur „effek-
tive Waare“ gekauft und verkauft werden. Glänzt er, daß
die Lage der Arbeiter als Konsumenten wie als Produzenten
auch nur um einen Deut gebessert würde, daß sie alsdann weniger
bewuchert oder weniger ausgebeutet würden, daß nicht nach
wie vor die Produktion abhängig wäre von den Schwankun-
gen des Marktes, der Preis von den Produktionskosten?
Venor er uns das nicht beweisen kann, wird er uns nicht
dazu bringen, in seinem Ruf etwas anderes zu erblicken, als
eine — natürlich unbewußte — Unterstützung der Hülfserei.
Der sozialistische Ruf heißt: Fort mit Wucher und Ausbeu-
tung! Bergesellschaftung des Handels und der Produktion.
Der Terminhandel ist ein weiterer Schritt dazu — es lebe
der Terminhandel!

Organisations-Entwurf für die sozial-demokratische Partei Deutschlands.

Folgendes ist der von der Reichstagsfraktion angearbeitete Organi-
sations-Entwurf, der hiermit den Genossen zur Verfügung unterbreitet
wird. Wir behalten uns vor, auf Einzelheiten desselben später zurück-
zukommen.

Partei-genossenschaft.
§ 1. Partei-genosse ist jede Person, die das Parteiprogramm aner-
kennt und die Partei dauernd materiell unterstützt.
§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Ver-
stoßes gegen das Parteiprogramm oder christlicher Handlungen schuldig
gemacht hat, oder der Partei dauernd die materielle Unterstützung
verweigert.
Ueber die Zugehörigkeit zur Partei oder den Ausschluß aus derselben

*) Siehe den Artikel von Friedrich Engels „Die Abkantung der
Bourgeoisie“ in No. 40 des „S.D.“ vom vorigen Jahre.

entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Parteiorde oder Reichstags-Wahlkreise.

Gegen diese Entscheidungen steht den Betroffenen die Berufung an den Parteivorstand (§ 13) und den Parteitag (§ 7 u. f.).

Vertrauensmänner.

§ 3. Die Parteigenossen in den einzelnen Reichstags-Wahlkreisen wählen in öffentlichen Versammlungen zur Wahrnehmung der Parteinteressen einen oder mehrere Vertrauensmänner. Die Art der Wahl dieser Vertrauensmänner ist Sache der in den einzelnen Kreisen wohnenden Genossen.

Insofern der Wahlkreis durch einen Ort oder durch Theile eines Ortes gebildet wird, ist nur ein Vertrauensmann zu wählen; besteht dagegen der Wahlkreis aus mehreren Orten, so kann für jeden Ort ein Vertrauensmann gewählt werden.

§ 4. Die Wahl der Vertrauensmänner erfolgt in der Regel alljährlich und zwar im Anschlusse an den vorangegangenen allgemeinen Parteitag.

Die Vertrauensmänner haben ihre Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse sofort dem Parteivorstande mitzuteilen.

§ 5. Tritt ein Vertrauensmann zurück oder tritt sonstige eine Befugnis ein, so haben die Genossen umgehend eine Remuneration vorzunehmen und davon entsprechend § 4 Abs. 2 dem Parteivorstand Mitteilung zu machen.

Parteitag.

§ 6. Alljährlich einmal findet ein Parteitag statt, der vom Parteivorstand einberufen ist.

Der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so muß der Parteivorstand mit der Reichstagsvertretung hierüber sich verständigen.

§ 7. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens 4 Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Besichtigung des Parteitages ist mindestens dreimal in Zwischenräumen von je 2 Tagen zu wiederholen.

Änderungen der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind binnen 14 Tagen, vom ersten Tage der Veröffentlichung der Einberufung an gerechnet, bei dem Parteivorstand einzubringen, der dieselben spätestens 10 Tage vor der Eröffnung des Parteitages durch das offizielle Parteiorgan bekannt zu geben hat.

Änderungen der Parteigenossen, die später als 14 Tage vor der Abhaltung des Parteitages bei dem Parteivorstand eingebracht, können nur dann auf dem Parteitag herbeigeführt werden, wenn mindestens 15 Vertreter sich dafür erklären. Dasselbe ist der Fall mit selbständigen Anträgen, die während der Verhandlungen des Parteitages eingebracht werden.

§ 8. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Theilnahme an demselben sind berechtigt:

- 1. die Delegierten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß kein Wahlkreis durch mehr als 3 Personen vertreten sein darf;
- 2. die Mitglieder der Reichstags-Fraktion;
- 3. die Mitglieder des Parteivorstandes.

Die Mitglieder der Reichstags-Fraktion und des Parteivorstandes haben in allen die parlamentarische und die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme.

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

§ 9. In den Aufgaben des Parteitages gehören:

- 1. Entgegennahme des Berichts über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und über die parlamentarische Tätigkeit der Abgeordneten;
- 2. Die Bestimmung des Ortes, an welchem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat;
- 3. Die Wahl des Parteivorstandes;
- 4. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 10. Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden:

- 1. durch den Parteivorstand;
- 2. auf Antrag der Reichstags-Fraktion;
- 3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen und durch die Namensunterschriften von mindestens 10.000 Parteigenossen.

Falls der Parteivorstand sich weigert, einen Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstags-Fraktion einberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 11. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 7 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im offiziellen Parteiorgan zu veröffentlichen.

Jur. Angelegenheiten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 7-9).

Parteivorstand.

§ 12. Der Parteivorstand besteht aus fünf Personen und zwar aus einem Vorsitzenden, zwei Schriftführern, einem Kassier und einem Beisitzer.

Die Wahl des Parteivorstandes erfolgt durch den Parteitag mittelst Stimmzetteln und auf Grund absoluter Stimmenmehrheit. Erhält ein Kandidat im ersten Wahlgang nicht die absolute Mehrheit, so erfolgt

engere Wahl zwischen den beiden Kandidaten, welche die meisten Stimmen auf sich vereinigen. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los, § 13. Der Parteivorstand besetzt die Kemter auf seiner Mitte und hat keine Konstitution im offiziellen Parteiorgan anzunehmen.

Die Mitglieder des Vorstandes können für ihre Tätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben setzt der Parteivorstand in Uebereinstimmung mit der Reichstags-Fraktion fest.

§ 14. Der Parteivorstand leitet die Parteigeschäfte; er beruft die Parteitage und erstattet auf denselben über seine Thätigkeit Bericht. Er kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorde.

§ 15. Eintretende Befugnisse im Parteivorstand werden durch eine Erziehung, welche die Reichstags-Fraktion vorzunehmen hat, behoben. Bei der Abstimmung entscheidet die einfache Majorität.

Kontrolle.

§ 16. Die Ueberwachung der Geschäftsleitung des Parteivorstandes wird durch die Reichstags-Fraktion ausgeübt.

Die Fraktion erhebt zu diesem Behufe einen aus fünf Mitgliedern bestehenden Ausschuss, von welchem alle dem Parteivorstand betreffenden Beschlüsse zu prüfen und zu entscheiden sind.

§ 17. Die Fraktion hat das Recht, jederzeit Einsicht in die Akten und Geschäftsbücher des Parteivorstandes zu nehmen und Auskunft über seine Handlungen zu verlangen.

§ 18. Vorstandsmitglieder, welche sich grobe Pflichtverletzungen zu Schulden kommen lassen, können durch die Fraktion von ihrer Stellung entbunden werden. Dadurch notwendig gewordene Ersatzwahlen finden nach den Vorschriften des § 15 statt.

Den Vorstandsmitgliedern steht gegen ihre Abberufung das Recht der Berufung an den Parteitag zu.

Parteiorgan.

§ 19. Zum offiziellen Parteiorgan wird das „Berliner Volksblatt“ bestimmt. Dasselbe erhält vom 1. Januar 1891 ab den Titel:

„Vorwärts“

Berliner Volksblatt

Central-Organ der sozial-demokratischen Partei Deutschlands.

Alle offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Theils zu veröffentlichen.

Änderung der Organisation.

§ 20. Änderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden, doch muß die absolute Mehrheit der anwesenden Vertreter sich dafür erklären.

Anträge auf Veränderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 7 und 11 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntnis der Parteigenossen gelangt.

Eine Abweichung von der letzteren Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens 1/3 der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Sozialpolitische Rundschau.

London, 6. August 1890.

— Aus Deutschland, den 1. August, wird uns geschrieben:

Die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion, der naturgemäß die Leitung der Partei unter dem Ausnahmestande anfallen war, hat jetzt die Einleitung zum Parteitag beschlossen. Wir haben denselben in voriger Nummer veröffentlicht. (Red. d. S. D.) Derselbe wird am 12. Oktober zusammengetreten. Von dem ursprünglichen Gedanken, den Kongress unmittelbar nach Eröffnung des Reichstages zusammenzusetzen zu lassen — also am 1. Oktober — mußte man aus Zweckmäßigkeitsgründen absteigen — bei dem Welt toller Unterdrückungsinstinkt, welcher die deutsche Politik von jeher ausgezeichnet hat, und welcher unter der Herrschaft des Schandgesetzes noch künstlich zu tiefenhaltigen Umsägen groß gezogen worden ist, läßt sich nicht erwarten, daß die Wahl von Kongressdelegierten vor dem 1. Oktober — wenigstens in vielen Gegenden — angeht sich würde vollziehen können. Und um nun eine möglichst gleichmäßige und vollständige Vertretung der Partei auf dem Kongress zu ermöglichen, hat man sich deshalb dahin geeinigt, einige Zeit nach dem 1. Oktober für die Wahlen offen zu lassen.

Die Tagesordnung des Kongresses ist so, wie sie den Verhältnissen nach sein mußte, und schließt sich den Tagesordnungen früherer Kongresse ziemlich genau an. Abgesehen von den notwendigen Redenschaftsberathungen, bildet die Organisationsfrage natürlich den Hauptpunkt der Verhandlung.

Als Unterlage wird ein Organisationsplan vorgelegt, der von der Fraktion ausgearbeitet, und nach reichlicher Durchberathung schließlich einstimmig angenommen worden ist. Dieser Plan, welcher im Lauf der nächsten Woche veröffentlicht wird, (siehe unsere heutige Nummer Red. d. S. D.) bewegt sich durchweg — wie das übrige selbstverständlich ist — auf demokratischem Boden und lehnt sich so weit das zu machen vor, als die frühere Organisation der Partei an, wie sie vor dem Sozialistengesetz bestand. Den veränderten Verhältnissen entsprechend, müßten aber auch viele Veränderungen vorgenommen werden. Der Organisationsentwurf bildet die denkbar schlagendste Widerlegung des recht albernen Wurdens, die Parteileitung

heit der Menschen durch Gesetze, Verordnungen und Verfügungen zur Anerkennung eben dieser Ordnung gezwungen werden. Und wer zählt die Gesetze alle, welche gemacht wurden behufs Erhaltung des Bestehenden, die Verordnungen, die das ganze Leben regeln von der Wiege bis zum Grabe? Ueberall harren sie uns entgegen; in den Schulräumen und auf öffentlichen Plätzen und Anlagen, in der Fabrik und in der Kaserne. Hier im Justizhaus ist in der Hausordnung das ganze Lebensprogramm der Sträflinge enthalten. Sie gilt als Richtschnur für die Sträflinge sowohl wie für die Beamten.

Nach der Hausordnung hat der Zuchthausling sich Morgens beim ersten Glockenläuten (im Sommer um 7, in den Wintermonaten um 6 Uhr) zu erheben, anzukleiden und Körper und Seele zu reinigen, dann, beim zweiten Läuten, um 8 bzw. 6 Uhr sofort die Arbeit zu beginnen.

Rechtens ist, daß bei der großen Zahl der Bediente — und was ist der Hausordnung noch nicht alles verboten! — keine bestimmten Strafen festgesetzt sind. Es heißt immer nur: wird bestraft, wird nicht geduldet, wird streng gehandhabt, oder hartweg: ist verboten. Was ein Sträfling erfahren, was für eine Strafe auf irgend einer verbotenen Handlung ruht, so muß er erst die Probe machen.

Die Sprache, dieses schwer erzwungene Gut des Menschengeschlechtes, ist verpönt. Wie freut sich die Mutter, wenn es ihr nach unglücklicher Mühe gelang, ihrem kleinen Liebling einige Laute oder einige laulende Worte zu entlocken! Und hier ist die Sprache verdammt, abzuwerfen, demüthigen, ein rühmendes Organ des Menschen zu werden.

Alles, was dem Mensch zum Menschen, was das Leben lebenswerth macht, ist dem Zuchthausling genommen. Er hat keinen Willen, kein Bestimmungsrecht mehr, und wohl dem, der es bis zum glücklichsten Automaten bringt. Aber so lange die Knecht besteht, ist es noch keinen Sträfling gelungen, die Hausordnung voll und ganz zu befolgen; es ist das ein Ding der Unmöglichkeit. Selbst ein Mensch, taub und stumm, wäre nicht im Stande, alles zu erfüllen oder zu unterlassen, was sie vorschreibt. Ist so ein Zuchthausling nicht zugleich blind, so wandelt ihn wohl einmal die Luft an, von der Perspektive seines Fensters aus sich die Welt zu betrachten, und wenn er dabei in den Gesichtskreis eines im Hofe auf und abgehenden Jüngers des Mars kommt, so muß er eben auch daran glauben. Wohl gibt es Sträflinge, welche selbst Verhinderung von Disziplinarstrafen verschont bleiben, oder nicht, weil sie die Hausordnung befolgen, sondern weil sie infolge einer Reihe glücklicher Zufälle oder anderer Umstände nicht gemeldet wurden. So verhielt sich B. Schneider Feldmann seine 2 Jahre ohne eine Disziplinarstrafe, und doch verlor er mehr gegen die Hausordnung, als wir anderen Sträflinge präsumieren können. Man konnte mit ihm reden, ohne beschließen zu müssen, beim Getappeln angelegt zu werden. Die Kasseherren mit dem Feldmann zu thun hatte, waren seine Privatfaublen; er machte für sie Kleider.

funde die Partei zu verewaltigen, strebe nach Diktatur, unterdrückt die Freiheit der Meinungsäußerung — und was solcher Kinderreien und Gemeinheiten mehr sind.

Jedenfalls erwartet den Kongress eine tüchtige Arbeit. Man würde sich jedoch täuschen, wenn man glauben wollte, die Hauptbedeutung des Parteitages liege in den zu fassenden Beschlüssen. Die Beschlüsse werden unbedingt so ausfallen, wie es das Interesse der Partei mit sich bringt, allein heilsame Beschlüsse können auch ohne Kongress zu Stande kommen. Das, worin zu allen Zeiten die Hauptbedeutung der Parteikongresse bestanden hat, das ist der persönliche Verkehr: daß die Genossen sich gegenseitig kennen lernen und daß durch innigen Gedankens- und Gefühlsaustausch ein unzerstörbares Band geschaffen wird, wie schriftlicher Verkehr es niemals zu schaffen im Stande ist.

Diesmal wird dieses Moment sich doppelt heilsam erweisen, weil in den letzten 12 Jahren der persönliche Verkehr der Genossen durch das Sozialistengesetz vollständig erschwert war. Da muß Manches nachgeholt werden und manches Mäherständnis und Vorurtheil, das im Laufe der Sozialistengesetz-Jahre erzeugt worden ist, wird durch ein brüderliches Wort, durch einen warmen Händedruck im Nu beseitigt werden.

Ich mag mir selbstverständlich nicht an, den Verhandlungen des Kongresses vorgreifen zu wollen oder zu können, aber soviel scheint mir gewiß, daß — abgesehen von dieser Aufgabe des Kongresses — dessen Thätigkeit vorwiegend praktischer und nicht theoretischer Natur sein wird. Es gibt reichlich Wissen in diesem Augenblicke keine theoretische oder prinzipielle Frage von irgend welcher Erheblichkeit, über welche Meinungsdivergenzen in der Partei beständen. Gerade für die Erörterung solcher Fragen war die Aera des Sozialistengesetzes eher günstig. Die Frage der parlamentarischen Arbeit ist, und überhaupt der politischen Stellung der Partei ist so gründlich durchdiskutiert und nach allen Richtungen hin so gründlich geklärt worden, daß in der neuen Fraktion, die doch hauptsächlich ein möglichst genaues Bild der Gesamtpartei bietet, von der Theorie in die absolute Einigkeit herrschte. Und was streng theoretische Fragen angeht, nun, so sind dieselben an sich nicht Sache des Kongresses, den sie hauptsächlich wohl nur in der Form der Programm-Revision beschäftigen werden. Inwiefern auch hier sind Gegenstände und Streitpunkte überhaupt nicht vorhanden. Die Mangelhaftigkeit des Parteiprogramms wird von Niemand geleugnet; für den kassolischen Vorschlag erwärmt sich kein Sozialdemokrat mehr, und daß unsere „näheren Forderungen“ vielfach durch die Zeit überholt worden sind, wird allgemein zugegeben. Klein Jedermann sagt sich auch, daß die Partei, während sie den Kampf gegen ihre vereinigten Feinde auf Leben und Tod führte, nicht in der Verfassung war, sich einer Programm-Reform zu widmen, die ruhige Erwägung und Berathung bedurfte. Was auch immer der Kongress in dieser Beziehung beschließen mag, die Geister werden nicht heftig aufeinanderstoßen, die Gemüther sich nicht erhitzen.

Deito eifriger wird man die praktischen Fragen in die Hand nehmen. Mit dem Aufhören des Sozialistengesetzes beginnt eine ganz neue Lage für die Partei. In die Zeit vor dem Sozialistengesetz einfach anzuknüpfen, das geht nicht, weil die Partei in diesen 12 Jahren so riesig gewachsen ist, daß das damalige Gewand nicht mehr für sie paßt. Außerdem haben sich den Behörden und den anderen Parteien gegenüber andere Verhältnisse herausgebildet, die eine veränderte Praxis bedingen.

Inwiefern auch die zu erledigenden politischen Fragen werden vorwiegend keine erregten Debatten veranlassen. Ja, wenn man den gegenwärtigen Mäthern glauben wollte, welche die sozialdemokratische Partei als eine Art Abbergrube hinstellen, in der einige erbeigige (mit dem Arbeiterthum gleichzeitigen) „Kongressen“, „Diktatur“ leben wollen und von einem Schwarm langweiger „Kongressen“ bekämpft werden, die ebenfalls die Feinde der Diktatur“ und des Genossenschaftens kosten wollen — wenn man das glaubt, dann freilich muß man Nord und Todtschlag erwarten. In Wirklichkeit liegt aber auch auf praktische im Gebiet kein ernsthafter Differenzpunkt vor. Daß die sozialdemokratische Partei eine demokratische Organisation haben muß, versteht sich für jeden Sozialdemokraten einfach von selbst — an eine Diktatur in normalen Zeiten kann kein Mensch denken, der im Besitz seiner geübten fünf Sinne ist, und wer den Männern, die während der letzten zwölf Jahre die Partei durch die Klippen und Stürme des Sozialistengesetzes hindurchgeführt haben — und gewiß nicht zum Nachtheil der Partei — wer diesen Männern Diktaturgedanken zutrauen möchte, würde nur einen Beweis kümperhafter Psychologie und niedriger Wesenung liefern. Und ich bezweifle sehr, ob ein Delegierter, von dem zu erwarten ist, daß er derartige Beschuldigungen erheben will, auf den Kongress gewählt werden wird. Und geschähe es — je nun, so wäre das auch kein Unglück. Er würde sich bald überzeugen, daß der sozialdemokratische Parteikongress kein angenehmer und kein passender Aufenthaltsort für Leute seines Gleichen ist.

Genug, die Gegner, welche der frommen Ueberficht leben, die Sozialdemokraten würden sich auf dem Kongress unter sich verschieben und womöglich gleich der Drahtenheit des Kobalts einander bis auf den letzten Mann abblöthen, werden eine grausame Enttäuschung erleben: und alle diejenigen Elemente — nennen sie sich wie sie wollen — die auf den Zerfall der Sozialdemokratie“ spekulieren, werden zu ihrem großen Leidwesen dahinter kommen, daß sie die Rechnung ohne die Wirth gemacht haben — das heißt ohne das deutsche Proletariat.

— Auf der schiefen Ebene geht es schnell bergab — Bismarck ist logar bis zu den Dreizehner Nachrichten“ angelangt. Es gibt Blätter, die nach gewissen Richtungen hin dieses Blatt vielleicht im Schilde noch überreifen, als Ganzes genommen ist es jedoch die erbärmlichste Zeitung, die in Deutschland — und das will gewiß

Durchschnittlich haben sich täglich 12-18 Mann wegen Disziplinarvergehen zu verantworten. Das am Meisten vorkommende Vergehen ist das Sprechen der Sträflinge untereinander; es wird mit 1-7 Nächten Entziehung des Bettes oder eben so vielen Tagen Dunkelzelle bestraft.

Dieselbe gilt vom Hinansgehen aus dem Fenster, überhaupt von allen kleineren Vergehen. Für „Faulheit“, wenn der Sträfling das ihm aufgegebenen Bestium Arbeit nicht anfertigt, gibt es Entziehung der warmen Kost bis zu 14 Tagen. Nicht ein Sträfling auf der Station (Arbeitsloal) einem anderen, sein Bestium fertig machen, so werden ihm einige Monate Arbeitsverdienst gezerrhen. Schwere Strafen, Kassenarrest oder Beischneide, kommen zur Anwendung bei Uebertretung oder Angriffen auf Beamte. Daß diese Vergehen meistens von den Beamten provoziert werden, wird Niemand bezweifeln, der den rohen und gewaltthätigen Charakter der meisten Kasseherren kennt. So kenne ich einen Fall, wie ein Zuchthausling, ein junger gutmüthiger und harmloser Mensch, zu Kassenarrest kam. Er lag später eine Zeit lang neben meiner Zelle. Ein Kasseher betrat seine Zelle und fuhr ihn an: „Was hast Du zu spielen?“

„Ich habe nicht geoffen. Sie müssen sich in der Zelle geirrt haben“, war die gelassene Antwort.

„Galt's Maul, Du frecher Bengel, Du Hallunke, Du dast geoffen.“

„Ich sage Ihnen noch einmal, daß ich es nicht war. Im Uebrigen verbitte ich mir Ihre Gnade; wenn Sie überzeugt sind, daß ich geoffen habe, so weiden Sie mich.“

Diese Abfertigung brachte den Kasseher derartig in Wuth, daß er über den Sträfling herfallen wollte. Doch der Schutzmacher stand auf, nahm sein Messer in die Hand und sagte:

„Jetzt greifen Sie mich mal an.“

Der Kasseher meldete ihn, und er bekam wegen Bedrohung eines Beamten mehrere Tage Kassenarrest.

Ein Kasseher, der seine Plünderer und den Sträflingen ausfindig begebenet, wird über unanständiges Benehmen selten zu fingen haben.

Das Verderben des Arbeitsmaterials muß der Sträfling aus seinem Verdienst erleben. Man ist aber offenkundig, daß die Fabrikanten das schätzbarste Material für die Zuchthausarbeiten verwenden und auch verwenden können. Die Metallarbeiten in den Zuchthäusern sind nun in der Regel nicht die geschicktesten Arbeiter, und so kommt es häufig vor, daß das Arbeitsprodukt nicht wie vorgefrieben ausfällt. Und da die Beamten keine Sachverständige sind, entscheidet über das Verbotensein des Materials der Fabrikant allein oder dessen Stellvertreter. Dem Sträfling wird nicht geglaubt, bei ihm wird stets böser Wille vorausgesetzt. Fluchtversuche werden stets mit Krummschlegeln oder Reutenroten geahndet.

Und doch werden viele Fluchtversuche gemacht. Menschenjagden, wie

5 Feuilleton.

Aus dem Tagebuch eines politischen Zuchthäusers.

Im Dunkelarrest. (Schluß.)

Das Weihnachtsfest war vorüber, auch meine 14 Tage Dunkelarrest lagen bei den vielen Tausenden, im Zuchthause schon verblühten Arzesten. Aber nicht sehr hoffnungsvoll leuchtete mir die Zukunft entgegen. Wacker, Religionsunterricht und Bibellesen, das war ein Niff, dessen Aufsehung mir viel Kopfzerbrechen machte. Wird man der Pflaße mit seinem Erfolg zufrieden sein, oder weiter auf das Bibellesen bestehen? Und soll ich nachgeben und Wacker über mich triumphiren lassen? Unter keinen Umständen. Vorerst sein ferneres Borgehen abwarten.

In der Neujahrswoche erschien ich wieder im Unterriecht und nahm meinen Platz ein. Wacker kam, blickte mich an und sprach zum Aufseher:

„Hoffmann, bringen Sie Wunderlich in die Zelle zurück; er ist nicht würdig, dem Unterriecht beizumischen.“

So endete unser Kampf über das Lesen der Bibel. Ehe wir uns von Wacker trennen, will ich seine Ansichten über die Arbeiter im Allgemeinen und über die Sozialisten im Besonderen hier wiedergeben.

Zu Dave, der sich bei ihm als ein Arbeiterfreund einführte, welcher aus Philanthropie die Sache der Arbeiter zu der seinen machte, und für dieselbe sein Vermögen und jetzt auch seine Freiheit geopfert habe, sagte Wacker:

„Sie opfern sich umsonst, die Arbeiter sind es nicht werth; und diejenigen, bei denen der Sozialismus Eingang findet, sind nur dumme, faule und ammaßende Arbeiter.“

Und dem Schneider Feldmann erklärte Wacker:

„Anfangs der Vier Jahre in der Grubenzzeit bekamen die Arbeiter zu hohe Löhne, da wurden sie übermüthig; gepörrt haben sie nicht, und jetzt, wo die Löhne auf das natürliche Maß wieder zurückgefallen sind, jetzt sind die Arbeiter unzufrieden.“

Handordnung und Disziplinarstrafen.

Seitdem die Menschheit jene einfachen Formen der Produktionsweise und des Vertheilungsmodus, welche den Bedürfnissen und den Interessen aller entsprochen, verlassen und sich in dem Verwirrnis einer vielfach komplizierten Gesellschaftsordnung, die nur den Bedürfnissen und Interessen Weniger genügt, verloren hat, seitdem muß die übergroße Mehr-

viel sagen — erscheint. Alle schlechten Seiten unfres Volkes finden darin ihre Vertretung, aber kein einziger seiner Vorgesetzten. Treulos — Charakterlos, das ist seine Devise.

Einmal Redakteur dieses Blattes hat Bismarck neulich sein Herz ausgegüht, und was er ihm gesagt, verdient wirklich angelesen zu werden. Wohl nie zuvor hat der pommer'sche Sanapshunter seine brutale Ausbeutung unvorstellbar zum Ausdruck gebracht, als in diesem Interview.

Man höre nur: „Während wir nach Besteigung einer kleinen Höhe auf einer Holzbank saßen, fragte ich den Fürsten: Nach dem Ver. at des Herrn Ritterhaus habe er eine Verhärterung des Sozialistengesetzes beantragt wollen; nichtbedeutender habe sich in der an den Reichstag gelangten Reglementvorlage keine solche Vorgefunden? — Der Fürst: er hatte die sozialistische Gefahr für die größte, die in der Politik überhaupt vorliege, z. B. für viel bedeutender als die, welche etwa von Frankreich und sonst Wem zu erwarten ist. Die Sozialdemokratie ist bedenklich im Wachsen. In allen Parteien, so weit man auch in der Geschichte nachschlage, hätten sich Streber an die Unzufriedenen gewendet und sich so eine Partei geschaffen. Unzufriedene werde es aber so lange geben, als Einer noch lebe, das ist einem Andern besser gehe. Der sozialistischen Gefahr zu begegnen, gebe es nur zwei Wege: entweder ihren Fortberuberungen nachgeben oder kämpfen. Das Bestehe teils jedoch ihre Vorgehensweise, während sie im Kampf doch in gewissen Schranken gehalten werde. Der Kaiser, als der bessere Mensch von ihnen beiden, der noch nicht die schlimmen Erfahrungen eines Siebzigers hinter sich habe, habe sich für den Frieden entschieden; er (der Fürst) habe kämpfen wollen, je eher, desto lieber. Diese Meinungsverschiedenheit sei einer der Gründe gewesen, aus denen er sein Amt niedergelegt.“

(Nach weiteren Meinungen des Abganges zu forschen — die Verhärterung war groß! — mußte ich mir leider verlagen, da Fürst v. Bismarck bereits Herrn Ritterhaus die Antwort hierzu verweigert hatte. Während des letzten Theils des Gesprächs schien der Fürst überhaupt etwas erregter. Er unterbrach sich häufiger, wie wenn er nach Worten suchte und suchte mit seinem Stod mehr als sonst im Saale und gegen die Bänne.)

Von der Arbeiterschutzeinrichtung, äußerte sich der Fürst, halte er nichts. Er behandle die Sache aber durchaus imo in et studio. So lange ihm jedoch Niemand sage, wodurch der Arbeiter den durch die beschränkte Arbeitszeit verkürzten Lohn ersetzt erhalte, könne er dieser Sache nicht zustimmen. Er sei gegen alle Zwangsmassregeln, welche die persönliche Freiheit des Arbeiters beschränken und, wie bei der Regelung der Frauen- und Kinderarbeit, in die Rechte des paterfamilias eingriffen. — Ich wandte hierauf ein, ob denn aber nicht die Arbeiterschutzeinrichtung eine Weiterführung der kaiserlichen Erlasse vom 17. November 1881 seien? — Der Fürst: „I ganz und gar nicht. Für die kaiserlichen Erlasse, die mein eigenes Werk sind, an denen ich in Berlin ohne jeden anderen Menschen gearbeitet, trete ich voll und ganz ein. Die Grenzlinie zwischen dem, was die kaiserlichen Erlasse erzielen, und der Arbeiterschutzeinrichtung liegt aber genau da, wo der Zwang anfängt.“ Wenn man die Vorgesetzten solchen Arbeiterschutzes rühme, denke er immer an folgende Anekdote. Ungefähr im Jahre 1820 habe einmal ein preussischer Generalstabsoffizier einen Werfberger Posthalter gefragt, wie sie sich denn unter dem preussischen Regiment fühlten? — und die Antwort habe gelautet: „Ach, da haben wir nicht zu klagen; aber den D—, den Leipziger, hätten wir es auch gegnnt.“

Wochens auf die Sozialdemokratie zurückkommend, äußerte der Fürst: Er habe die Absicht gehabt, die Beschlüsse des Sozialistengesetzes dahin zu erweitern, das an Stelle der Ausweisung die Verbannung trete. Damit habe er aber im Staatsministerium nicht durchbringen können. Die Regierung sei vielmehr auf den national-liberalen Vergleichsvorschlag in der Kommission eingegangen, das Gesetz ohne die Ausweisungsbefugnis anzunehmen, und dann würde er später noch viel weniger mit der Forderung strengerer Maßregeln haben kommen können. Er sei überhaupt Gegner von Konstitutionen in den Kommissionen; er schneide sich zu solchen nur Reichstags-Verhandlungen im Plenum gegenüber vor. — Auf meine Frage, was wohl eintreten dürfte, wenn nach Ablauf des Sozialistengesetzes die Sozialdemokratie lähmer werde, erwiderte der Fürst: Im letzten Grunde ist die Sozialistenfrage, ich möchte sagen, eine militärische Frage. Wenn das Geschwür ausgegangen, kann man die Ausdehnungen ja mit Gewalt niederdrücken. Es tritt dann vielleicht an die Stelle des jetzigen kleinen Belagerungsstandes der allgemeine, der Kriegszustand. Freilich geht das nicht auf die Dauer.“

Deutlicher als hier hat Bismarck noch nie seine schäntlichen Intentionen ausgeäuert. Unannehmlich wird hier gesagt, daß es nicht an ihm lag, wenn nicht schon längst in Deutschland der Sabel geblüht und die Plünder geschossen hat. Wir haben das freilich längst gewußt, immer und immer wieder haben wir die schamlosen Pläne des unsterblichen Emporkömmlings, der jahrelang unverantwortlicher Weise über die Geschicke des deutschen Volkes verfügte, aufgedeckt, immer und immer wieder vor den nachlässigen Untertanen seiner Ärgerten gewarnt, und wenn es für uns auch seiner Behauptung bedurfte, für diejenigen, denen unsere Informationen nicht zu Gebote stehen, ist es gut, es hier aus dem Munde des Mannes selbst zu hören.

„Im letzten Grunde ist die Sozialistenfrage eine militärische Frage“ — diese Worte sollte man dem Reichsherrn auf die Stirne brechen. Und dann: er hat „kämpfen“, d. h. schießen lassen wollen, je eher, desto lieber.“ Das ist der große Staatsmann, um den die Welt Deutschland be-

neiden sollte. Ach, wie sein Fühlen, in auch sein Denken. Die wichtigste Frage des Jahrhunderts wird mit ein paar uraltens nutzlosen Redensarten über die Schlichtigkeit der Menschen, die einander nichts gönnen, abgethan. Es sind in der That rechte Reibhämmer, die Profektoren, die einen Majoritätsbesitz verlangen, um sich nicht gegenständig durch die Konkurrenz das Leben zu verkommen, nicht Einer auf Kosten des Andern sein Loos verbessern zu müssen. Nur persönliche Vorgehensweise, wenn bei einem Streik, wie hundertfach, tausendfach vorgekommen, Arbeiter gutbezahlte Stellen preisgeben, um für ihre schlechtergestellten Kollegen bessere Arbeitsbedingungen erkämpfen zu helfen. Bismarck sagt es, und er kennt die Menschen. Der Mensch, der sich am Steuerfeld des deutschen Volkes vorgeht, der Dotationen über Dotationen ringelst, der seine Söhne in wohlbezahlte Stellen hineinschiebt und doch noch immer nicht zufrieden war, immer sagte, daß seine Einnahmen nicht ausreichten — er ist ja der rechte Mann, über „Unzufriedenheit“ zu reden, solange es einem Andern besser gehe.“ Wie überall, so ist auch hier nur ich selbst und schloß von seiner durchsichtigen Schamlosigkeit auf Andere.

Selbst die gesetzliche Beschränkung der Kinderarbeit ist ihm zu viel. Sie greift in das Recht des „paterfamilias“ ein. Es war wirklich angebracht, hier den römischen Ausdruck für Familienvater zu gebrauchen, denn der Standpunkt, daß es ein unveräußerliches „Recht“ des Vaters ist, das Leben seines Kindes zu verkaufen, ist dementsprechend ebenso antiquarisch, wie die ganze Auffassung der Familie im römischen Sinne. Aber daß ein Mensch, der so vornehmliche Rücksichtungen hegt und pflegt, sich als der „moderne aller Staatsmänner“ aufzuspielen wage, das war wirklich der Gipfel der Unverfrorenheit.

Nun, er hat selbst dafür gesorgt, und sorgt mit jedem Tage eifriger dafür, daß ihm die Welt in seiner ganzen Beschränktheit, in seiner ganzen höchsten Nacktheit kennen lerne. Und das ist gut so. Denn nichts erzieht die Völker mehr zur Selbstständigkeit, als die Erkenntnis, wie klein, wie erbärmlich klein doch die „großen Männer“ sind, vor denen sie in dem Staube gelegen.

— **Ueber die Polemik**, welche sich in den letzten Wochen in der deutschen Parteipresse abspielte, äußert sich ein Korrespondent der Wiener „Arbeiterzeitung“ n. W. wie folgt:

„Zwei Blätter, eines in Regensburg und eines in Dresden, wozu sich vielleicht die Berliner „Volks-Zeitung“ hinzugesellen wird, erörtern in recht leidenschaftlicher, unierer Wesen herzlich erregender Weise die Frage, ob eine Proklamations vom Kongresse eingeleitet werden kann, welche über Parteizugehörigkeit der Blätter wachen soll. Sie stellen die Frage so dar, als ob durch eine solche Kommission die freie Kritik innerhalb der Partei und die Diskussion über Parteiprinzipien unterbunden werden könnte. Sie vertreten damit den föderalistischen Standpunkt gegen den allem Anschein nach von der Gesamtpartei gewünschten zentralistischen.“

„Sie vergessen dabei Ein es: Die Sozialdemokratie wird ohne, wie bis nun unter dem Ausnahmsgesetze stets eine kämpfende, von Behörden und gegnerischen Parteien energisch und rücksichtslos verfolgte Partei sein, die gleichzeitig den bürgerlichen Parteien gegenüber stets auf dem Standpunkte des Klassenkampfes beharren muß. Ist es da frag, inwiefern die Partei zu lösen, sich in einzelnen Schrammeln auflösen zu lassen, statt in geschlossener Schlachtlinie ununterbrochen kampfbereit dazustehen, vergesse denn die Genossen ganz, daß gerade unter dem Sozialistengesetze die Zentralisierung die Hauptursache der Unbeliebtheit und der Erfolge der Partei war, haben sie nicht ein, daß die Ursache der demüthigenden Zusammenstöße, die Ursache des Niederganges der französischen Sozialdemokratie in ihren Spaltungen, Fehden, persönlichen und theoretischen Zwisten liegt, haben sie nie etwas von der Geschichte der österreichischen Arbeiterpartei gehört? Und glauben sie hinwiederum, daß es Jemandem belallen wird, sachliche Kritik der Parteithätigkeit, wissenschaftliche Diskussion über unsere Prinzipien zu verhindern zu wollen? Sie sollen doch einmal die Jahrgänge des „Volksstaat“ und des „Vorwärts“ durchsehen, Blätter, die doch von Bebel und Liebknecht redigiert wurden, denen heute papistische Beirathungen zugewidmet werden. Sie werden in diesen früheren Zentralorganen der Partei wahrlich genug Diskussion finden.“

Und in einem zweiten Brief: „An der ganzen Diskussion über die künftigen Parteiverhältnisse, welche die letzte Woche die deutschen Parteifreie beschäftigt hat, ist der herrliche Ton der Parteilichkeit bemerkenswerth. Gerade wir, die sachlich vollständig ihren Standpunkt theilen und die wissen, wer die Gegner sind und wer hinter ihnen steht, können absolut nicht einsehen, warum man mit Kanonen gegen Mägen schießt. Bei diesem Kampfe steht auf der einen Seite die Gesamtpartei mit ihren alten, erprobten Kämpfern, Bebel, Liebknecht, Auer, auf der andern Seite ein paar junge Literaten, die die kurze Zeit, während welcher sie unserer Partei angehören, nicht akzeptiv zum Studium der inneren Parteiverhältnisse benützt haben. Jeder der Herren, als deutsche Doktoren der Pölistologie, ehemalige Theologen und ähnliches, hat ein unschickbares System, um unsere Partei vor der Korruption zu retten, der sie, falls die übrigens persönlich durchaus ehrenwerthen Männer ihr nicht zu Hilfe eilen, entschieden verfallen muß?“

„Wer steht aber hinter den Leuten? Unzweifelhaft eine Anzahl Arbeiter. Aber nur sehr wenige. Wer würde denn nicht Vorhang finden, wenn er sich mit guten Sinnen fühlend auf den Markt begibt? Ja, wird man einwenden, es stehen ihnen zwei Zeitungen zur Verfügung. Nun, die eine ist kaum in Regensburg gegründet, während die andere, die „Sächsische Arbeiterzeitung“, lebhaft Unzufriedenheit bei ihren Lesern hervorgerufen haben soll. Wechselt dann den Kanonen-

Ueber Wilhelm!

Ich will Dir denn doch einmal schreiben, sonst meinst Du am Ende gar, ich sei längst auf der Schlachtbahn der Mittel den Messern befehliger Studenten verfallen. Dem ist nicht so. Ich bin gesund und munter, habe stets die Augen offen und den Mund zu, denn das Nichtbesolgen des letzteren brachte mir schon 14 Tage Haftstrafe ein, obgleich auch ein andermal das konträre Befolgen mich vor weiteren 14 Tagen nicht zu retten vermochte. Die ersten 14 Tage bekam ich wegen Verweigerung des Obelsteins, und den zweiten Arrest verdanke ich einer ganz verwickelten Jurisprudenzgeschichte.

Wilhelm, ich ging hierher mit dem feinen Vorsatz, thätig zu arbeiten, damit ich einst nicht mit leeren Händen in die Welt zurückkehren müsse, und ich nahm mir vor, mich vor Disziplinarrufen möglichst zu hüten. Bin jedoch vielfach erstarrt. Zwar arbeiten muß ich sehr viel, aber verdienen thut's die Kassa und der Habikant, und mit Dunkelarbeit bin ich auch schon überreich gesegnet.

Was soll ich Dir sonst noch schreiben? Ich weiß nicht, wo anfangen, um Dir ein einigermaßen anschauliches Bild von dem Leben und Treiben des Nachhauseins zu entwerfen. Alle Einrichtungen der Anstalt: die industriellen Verhältnisse, Kirche, Schule, Literatur, das Leben der Züchtlinge auf den Arbeitsstätten und in der Hofkirche, die Disziplinarrufen, das Wort und Bein durchdringende Schreien eines Geisteskranken, alles dieses läßt sich eben nicht auf einen kleinen Bogen Papier zusammendrängen. Du mußt Dich schon gedulden, bis ich wieder bei Dir bin, wo ich das Nachhause nun so ausführlicher schildern werde.“

Dies der anstößige Inhalt. Wenn ein Mensch draußen diesen Brief liest, muß er denken, hier gibt es Morgen zum Frühstück und jeden Mittag noch der Suppe Pfefferschokolade. Verdient hätte Ihr sie. Dem Brief wird nicht abgehört, verstanden mir der Direktor.

„Ja, unser Direktor läßt sein postereiches Institut nicht profanieren. Und ähnlich dem Reichsgericht, ahndet auch unser Direktor Gefinnungen, wie sie in dem betreffenden Briefe zu Tage treten, und welche in der Berücksichtigung alles dessen gipfeln, was in unseren Gefängnissen und Zuchthäusern hoch und heilig zu halten ist.“

Daß der Brief nicht abgehandelt wurde, bereitete mir wenig Sorge; ich mußte ja bald wieder Besuch bekommen, dann würde meine Mutter den Grund meines Schweigens erfahren. Meine Braut wohnte, seitdem ich in der Anstalt interniert war, auch in Halle und durfte mich alle 4 Wochen besuchen. Aber diesmal wartete ich vergebens. Obgleich zwei Sonntage über die übliche Besuchszeit verflohen waren, erschien sie nicht. Will man diesen Weg abschneiden, damit ich meinen Angehörigen keine Nachricht zukommen lassen kann? Oder bleibt meine Braut freiwillig fort?

Ein leidiger Gang muß es allerdings nicht sein für ein junges Mäd-

chner, wenn der Feind so bedeutungslos? Wir gestehen offen, daß wir diese Frage nicht beantworten können.“

Im Großen und Ganzen scheint die Darstellung durchaus den Kernpunkt der Sache zu treffen. Aber wenn einem Manne, der ein ganzes Menschenalter in den vorbersten Reihen der sozialistischen Bewegung gekämpft und der Bewegung die größten Opfer gebracht hat, von einem jungen Literaten, der der Partei erst kurze Zeit angehört, die ehrenrührigen Vorwürfe gemacht werden, nun, dann läßt sich doch wohl auch begreifen, daß dem Angegriffenen schließlich die Galle überläuft. Besser wäre es vielleicht gewesen, Bebel hätte diese Angriffe, bezw. Anspielungen einfach ignoriert, aber wenn er das nicht that, sondern die Angriffe anforderte, mit Thatfachen herauszurufen, so war das sein gutes Recht. Der Schluß seiner Erklärung im „Berliner Volksblatt“:

„Wandelt man Grund zu Anklagen zu haben, so soll man die Personen und Thatfachen bezeichnen, gegen welche sie gerichtet sind, damit diejenigen, die es angeht, antworten können. Das ist die Kampfweise christlicher Männer. Jede andere Kampfweise ist unchristlich.“

Man schroff sein, enthält aber kein Wort, das er zurückzunehmen hätte. Dagegen ist die Handlungsweise der zweiten Redaktion, wenn sie fest anhängt Rede und Antwort zu stehen, über das „Schimpfwort“ „unchristlich“ räsonnieren, alles Mögliche, nur nicht mährlich.

Wir glauben das sagen zu dürfen, da wir an der ganzen Polemik untheilhaftig sind. Im Uebrigen wollen wir nicht noch Del ins Feuer gießen, sondern die Hoffnung ausdrücken, daß die Betroffenen von selbst zur Einsicht kommen, daß man in solcher Weise die Parteinteressen nicht fördert.

— **Zu was für nichtwürdigen Traktaten** das deutsche Arbeiterthum greift, um die Arbeiter anzukommen, darüber brachte ein deutscher Arbeiterblatt, die Chemnitzer „Presse“, längst folgende Schlußbemerkung:

„Von der Freiburger Mulde wird uns eine Schilderung übermittelt, welche mit Schandheiten dieser Gegend gewaltig kontrastirt. Es betrifft das Loos von Männern und Frauen in einer Stadt an dem Fuß der Mulde, welche das Geschick nicht anders bedacht hat, als daß sie in der Fabrik arbeiten müssen. Nun haben sie leibstredend nicht die Anstalt, daß für sie die Arbeit nicht geschaffen sei, vielmehr arbeiten sie freudig, nur würden sie es gerne sehen, wenn ihr Loos einigermaßen erleichtert werden möchte. Die Leute arbeiten in der Wirtelstraße, die Frauen bei einem wöchentlichen Verdienst von 4, 5 und 6 M., die Männer von 10, 14 und höchstens 15 M. Ja, wenn dieser Verdienst nur noch ohne Abzug gewährt würde. Dem ist aber nicht so. Denn jeder Stricker hat zunächst einen Abzug von 5 Pf., von jeder verdienten Mark dafür zu erleiden, daß das nötige Garn für die Strickmaschine fertig angefertigt wird. Für letztere Arbeit sind 2 Frauen beschäftigt, welche je 5 Mark, zusammen also 10 M. Lohn erhalten. Hiernach hätte der allem Ansehen nach zum Rechnen sehr gut veranlagte Betriebsinhaber wöchentlich nur 200 Mark Lohn anzuzahlen. Nun sind aber dort 40 männliche Stricker beschäftigt. Wenn man nach dem oben angegebenen Akkordlohn einen Durchschnittsverdienst (10 u. 14 u. 15 = 39 M.) = 13 M. annimmt, so ergibt dies für die 40 Stricker einen Lohn von 520 M., und einen Abzug von 20 Mark pro Woche. Der geschulte Herr hat also die beiden Auswärtigen, welche 10 M. Lohn erhalten, aus diesem Abzug bezahlt und außerdem noch ein wöchentliches Profit von 16 M. oder pro Jahr bei nur 50 Arbeitswachen von 800 M. Den 40 Strickern in aber von ihrem Gesamtverdienst der resp. betragte Betrag von 1300 Mark oder jedem Einzelnen durchschnittlich 32 M., 50 Pf., mindestens aber, wenn sie, wie in der Hausindustrie, den Lohn für die Garnaufwicklung aus eigener Taube bezahlen würden, 20 M. verloren gegangen. Was 32 resp. 20 M. bei einem jährlichen Verdienst von 600, 700 oder 750 M. bedeuten, weiß sich jeder auszurechnen, welcher die heutigen hohen Lebensmittel und Wohnungspreise kennt. Dieser ausbeutende Betriebsinhaber hat zwar vor gar nicht allzulanger Zeit die wunderbar schöne Einrichtung, daß Arbeiter und Arbeiterinnen sich für ihren riesenhafte Verdienst die Befestigung selbst beschaffen mußten, beseitigt, aber Lampen werden jetzt noch nicht geliefert. Diese muß sich jeder und jede, welche bei Nacht arbeiten wollen, selbst anschaffen. Solche Zustände sind jetzt noch möglich! — Wie häufig dieser edle Arbeitgeber ist, geht noch besonders daraus hervor, daß er die Arbeiterinnen jährlich fünfmal die Fabrikräume gründlich reinigen läßt, natürlich an einem Wochentage, wobei ein halber, auch ein ganzer Tag vom Verdienste verloren geht, dafür aber zahl dieser unverschämten Gehalts den Arbeiterinnen auch nicht einen Pfennig.“

Genug. Der so etwas lesen kann und nicht von einem gläubenden Gaf gegen eine Wirtschaftsordnung erfüllt wird, die solche Dinge möglich macht, hat kein Wort in seinen Adern.

— **Die Wiener Polizei** hat längst wieder einmal den Staat gerettet. Sie hat unter einer Begründung, die wir nur deshalb nicht als leere Kuschelerei bezeichnen, weil das angesichts einer direkten Verletzung des geltenden Rechts eine unverschämte Beschönigung wäre, eine von den Genossen Adler, Polorny und Remmann auf den 20. Juli einberufene Versammlung verboten. Die Tagesordnung der Versammlung war: 1. die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen der Arbeiter, und 2. Rügen und Beschwerden des Streiks für die Arbeiter. Referate dazu hatten die Genossen Hanzer, Popp, Remmann und Toboia übernommen. Folgendes ist nach der „Wiener Arbeiterzeitung“ der Wortlaut der Resolution, deren Einbringung beabsichtigt war:

„Der Gang in's Justizhaus zu einem mährischen, verdrießlichen und unruhigen Beamten verächtlich behandelten Sträfling. Die kharie Akzentuation des Wortes „Du“, womit die Ströflinge angeredet werden, und das besonders auffallende Aussehen dieses Wortes in Gegenwart meiner Braut, goß immer den ersten Tropfen Gift in die Freude des Wiedersehens. Sonderbar, droben auf dem Gang merkte ich das „Du“ gar nicht, aber im Weisheit meiner Braut gesprochen, war es mir unerträglich, da reizte mich immer die Lust zu einer scharfen Entgegnung.“

Die ersten Besuche beauftragte der Hausvater, er ließ uns ziemlich ungeflüßelt sprechen. Dann übernahm der neue Oberaufsicht die Aufsicht der Besuchstenden, und dieser schloß die Besuche ab. Meine Braut durfte nie bei mir sitzen, sondern fern an der andern Seite des Zimmers. Der Oberaufsicht hielt mir dann immer erst eine Vorlesung über die Vorschriften, und das Verbalten während des Besuches, und beim ersten Worte schon, welches ich zu meiner Braut sprechen wollte, fuhr er dazwischen: „Du mußt lauter und deutlicher reden, damit ich Dich verstehen kann.“

So beiratheten die Besuche weder meine Braut, noch mich; sie wurden uns beiden verleidet, und doch wartete ich sehnsüchtig auf den Tag, an dem sie wieder kommen konnten.

Wird sie nunmehr wohl ganz fortleben? Wie schmeichelt die Sonntage herbei! Ich lauschte auf jeden Schritt auf dem Gang, der mich vielleicht zum Besuch abholen könnte. Aber ein Sonntag nach dem andern verwich, und kein Besuch wurde mir gemeldet. Murnig, voll banger Sorge, den Kopf voll schwerer, qualvoller Gedanken, und die Phantasie gefählig mit dem Ausmalen verzerter Bilder, wußte ich mich die Sonntag-Abende schlaflos auf meinem Lager.

Dann ströte mich der widerliche Gesang der Seefische aus meinem Brüten. Dohlen mit ihrem dumpfen und unheimlichen Schrei umflatterten unsere Hügel, und drüben, über Giebelsteinen, sammelte sich hoch in den Lüften ein unruhiges Rabenvolk; es schien, als wären alle bescherten Schwarzkröden des Harzgebirges beisammen, um einen wichtigen Sangweissstreit zum Austrag zu bringen. Die Tonwellen eines Leierstängens drangen mit ihren traurigen Melodien in meine kühne Jelle, und ein Polkilon auf der Fahrt von Giebelstein nach Halle stimmte herzerweichende, rührende Weisen an:

Am liebsten müßt' ich sterben,
Dann wär's auf einmal still.“

(Fortsetzung folgt.)

Angesichts der eintretenden Verhältnisse, welche heute in den meisten Arbeitszweigen sowohl in Bezug auf die Löhne, als auf die modernen Arbeitsbedingungen vorerhellen, ist die Arbeiterklasse nicht nur berechtigt, sondern im Interesse der gegenwärtigen und künftigen Generationen, sowie im Kulturreichthum überhaupt, geradezu verpflichtet, auf dem Wege der Koalition mit allen Mitteln bessere Arbeitsbedingungen anzustreben. Eines der wichtigsten und wirksamsten dieser Mittel ist unstreitig die wohlorganisirte und wohlworbereitete Arbeitseinstellung. In Oesterreich, wo ein weiterer Ausbau des Arbeiterthums, insbesondere eine Verkürzung der Arbeitszeit auf dem Wege des Gesetzes, zunächst nicht zu erwarten ist, da im Parlamente die Arbeiterklasse nicht vertreten ist, in Oesterreich ist der Streik fast die einzige Waffe zur allmählichen, faktischen Herabsetzung der Arbeitszeit. Er ist überdies viel öfter eine Waffe der Vertreibung als des Angriffes, und wird den Arbeitern von der Ausbeutungsgier der Unternehmer geradezu aufgeprägt.

Indem die Verarmung so den Streik als im Prinzip berechtigt erklärt und dem festen Entschlusse Ausdruck gibt, kämpfende Genossen wie bisher in brüderlicher Solidarität zu unterstützen, verschließt sie sich aber keineswegs der Erkenntnis der Gefahren, welche die wahllose und unüberlegte Anwendung dieses Kampfmittels mit sich bringt. Vor Allem ist davon zu warnen, in der Arbeitseinstellung ein Mittel zu sehen, welches die Arbeiterklasse von den wesentlichen Grundabsichten ihrer heutigen Lage befreien könnte. Ihre ökonomische Abhängigkeit und politische Unfreiheit sind eben von der gesamten Gesellschaftsordnung und ihrer Grundlage, der kapitalistischen Produktionsweise, bedingt, können daher nur mit dieser beseitigt werden. So wichtig augenblickliche Besserungen in der Lage einzelner Arbeitergruppen sind, so wichtig ist es aber auch, über dem Augenblicklichen nicht das Endziel zu vergessen: Die Emanzipation der gesamten Arbeiterklasse. Zweitens aber auch gewarnt werden vor der Anwendung des Arbeitseinstellung, ohne daß alle Bedingungen des Erfolges vorher genau von sachkundiger Seite erhoben sind. Abgesehen von der Erwägung der Geschäftslage, des Saisonabschlusses etc. ist vor Allem die Stärke der Organisation der betreffenden Arbeiterklasse maßgebend, und zu berücksichtigen, daß ein missglückter Streik junge, vielversprechende Organisationen auf Jahre zurückwerfen kann. Um die Werkstättenstreiks, welche vielfach erfolglos sind, zu vermeiden, sollte jeder Streik von dem Beschlusse der erfahrenen Vertrauensmänner des ganzen Gewerkes abhängig gemacht werden, welche Maßregel allein auch eine ausreichende Hilfsorganisation sichern kann. Auch ist eine solche Zentralisation des Lohnkampfes das einzige Mittel, um der Verplitterung der Kräfte und ihrer lähmenden Folgen vorzubeugen. Schließlich sollte für Aufklärung und Belehrung der Arbeiter über jene Zwangsmaßregeln, welche in Oesterreich „Koalitionsfreiheit“ heißen, gesorgt werden, da der Unkenntniß der allerdings höchst merkwürdigen und einseitigen Auffassung, welche die Behörden von den Rechten des Arbeiters haben, heute viele Arbeiter zum Opfer fallen.

Schließlich wiederholt die Verarmung den Entschluß der Arbeiterklasse vom 1. Mal, unermüdet für eine Reform der Gewerbeordnung im Sinne der Herabsetzung der Arbeitszeit bis zur Erlangung des Achtstundentages thätig zu sein.

Diese Resolution, die in weiten Kreisen der Wiener sozialistischen Arbeiterklasse lebhafteste Zustimmung gefunden, mag sich der „revolutionäre Sozialist“ hinter die Ohren schreiben, der neulich im „Commonwealth“ die Redaktion der „Wiener Arbeiterzeitung“ in ganz periferer Weise verächtlich, weil sie vor unüberlegtem Streiks gewarnt hatte. Es gehört wirklich eine gewissenlosigkeit sonder Gleichen dazu, sich zu stellen, als wählte man nicht, daß nichts die Arbeiterinteressen mehr schädigt, die Kraft der Arbeiter mehr lähmt, als ein ohne genügende Mittel und Organisation, bei ungünstiger Geschäftslage, unternommener Streik.

Eine unbezahlbare „Rechtsbelehrung“ über Boykott hat vor einigen Tagen ein englischer Richter zu Wien gegeben — allerdings in Irland. Einige Ladenbesitzer des Städtchens Gorea standen unter der Anklage, verschiedene Pächter geboykottet zu haben, die Grundstücke in der Umgegend gepachtet hatten, von denen die Pächter vertrieben worden waren. Auf Grund der irischen Zwangsregeln wurde der Fall nicht vor dem Schwurgericht desselben Bezirks, sondern vor den Missethäter einer anderen Grafschaft, in Wicklow verhandelt. Und bei dieser Gelegenheit gab der fungierende Richter, Baron Polles, nach beendeter Verhörde folgende Rechtsbelehrung zum Besten:

Da die Pächter der in Rede stehenden Grundstücke gesetzlich freie Hand hätten, mit jedem ihnen belieben den Händler Geschäfte zu machen, der Lust dazu hätte, so sollte es auch das englische Gesetz jedem Händler frei, mit denjenigen von diesen Pächtern Geschäfte zu treiben, welche ihnen belieben, und dieser selbe Grundgesetz auch auf Verbindungen von Leuten zu, die sich freiwillig dahin vereinbarten, von allen Geschäften mit einer bestimmten Person, mit der sie käuflich keine Geschäfte zu machen wünschten, abzusuchen. Die Grenze und Unterscheidungslinie liegt in dem Zweck, zu dem die Verbindung geschlossen werde. Geschäftskontingente mögen Verbindungen auf Tod und Leben schließen, vorausgesetzt, daß das Motiv derselben die Wahrung ihrer Interessen sei. Weiter aber dürfte man nicht gehen. Wäre die Absicht die persönliche Bekämpfung ihrer Gegner, das Bestreben, diesen mehr Schaden zuzufügen, als die Vetreibung des eigenen Geschäfts bis zum Ausruhen mit sich bringe — mit andern Worten, wenn sie das wäre, was das Gesetz als böswillig bezeichne, so erachte das Gesetz, daß die Verbindung keine geschliche sei, sondern eine Verbindung beflus Schädigung des Nächsten, und daher ungesetzlich.

Hi diese Deduktion nicht wahrhaft köstlich? Konkurrenten mögen sich auf Leben und Tod („to the very death“) verbinden, nur muß der Zweck ein anständiger sein. Und anständig ist die Wahrung der eigenen Interessen, d. h. die persönliche Bekämpfung eigener Verhältnisse. Verbinden sich Müller und Schmeiß, Lehmann keine Waaren zu verkaufen, weil sie ihn für einen Schuft halten, dessen Anwesenheit die Wegend verpestet, so ist das böswillig und ungesetzlich, thum sie es aber, um Lehmann's Ruin zu sehen, ihn geschäftlich „unschädlich“ zu machen, so ist das durchaus in der Ordnung und gesetzlich. Mag auch im zweiten Fall Lehmann viel schlechter wegkommen als im ersten, er hat kein Recht, sich zu beklagen. Daß Müller und Schmeiß ihn ruiniert haben, ist ganz in der Ordnung, das „Geschäft“ bringt es mal so mit sich.

Klassiker kann man die Moral der bürgerlichen Gesellschaft nicht zum Ausdruck bringen, als es in dieser Deduktion des „Baron“ Overtrecht's Falles geschieht. Hier ist die logische Konsequenz der Grundfrage gezogen, die das Lebensmoment der bürgerlichen Gesellschaft bilden: Die freie Konkurrenz bedarf der Waffe des geschäftlichen Boykotts, folglich ist er gerechtfertigt, die freie Konkurrenz wird durch den politischen z. Boykott beeinträchtigt, folglich ist derselbe ungesetzlich und strafbar. Nicht die Ideellen, die wir in sich selbst einen Beweggrund entdecken.

Um den „sittlichen“ Werth dieses Prinzips noch klarer hervortreten zu lassen, brauchen wir es bloß an einem andern Beispiele zu prüfen. Es sind zwei Morde geschehen: Schulze hat Müller ermordet, um dessen Geld an sich zu reihen, Lehmann den Schmeiß, um einen politischen z. Gegner aus der Welt zu schaffen. Nach dem entwickelten Grundgesetz ist der erste Mord, wenn auch nicht geradezu gesetzlich, so doch der milder zu beurtheilende. Wenn das Gesetz und die Rechtspraxis hier anders verfahren, so beschneit, weil die Sicherheit des erworbenen Eigenthums einer der Grundbedingungen der bürgerlichen Wirtschaftsordnung ist. Sonst würde das Prinzip auch hier zum Durchbruch kommen, wie es ja an Anfängen in dieser Hinsicht durchaus nicht fehlt. Wir erinnern nur daran, wie oft in Gesangsweisen politische Verbrecher viel schärfer behandelt wurden, als Spitzbuben und Betrüger. Diese vergingen sich gegen das Eigenthum, aber aus zu großer Liebe für daselbe, sie aber hatten es gewagt, es grundsätzlich zu bekämpfen. Die Vogt, die die Herren Gefängnisdirektoren leitet, ist dieselbe, die den Raubmörder laufen läßt und den modernen Zell feinsticht.

Um zur Frage des Boykotts zurückzukehren, so mag vielleicht irgend ein Kezer meinen, wir wollten läugnen, daß es auch ungesetzliche, verwerfliche Boykotts gäbe. Nichts liegt uns ferner als das. Und ist jeder Boykott verwerflich, dessen Zweck Verfolgung, Ausbeutung und Unterdrückung ist. Und wo nicht Klassen- und Parteinteressen das Heißel vollständig erlöset hat, lassen sich diese Kriterien in jedem einzelnen Falle mit Leichtigkeit feststellen.

Zur Achtstundebewegung in Amerika schreibt das „Philadelphia Tageblatt“:

Das Letzte, was man von der Föderation of Labor in dieser Sache gehört hat, ist, daß in diesem Jahr kein neues Gesetz in die Achtstunden-Aktion eintraten soll.

Damit steht im Einklang, daß die Kohlengräber, welche nach dem Zimmerleuten an die Reihe kommen sollten, soeben in Columbus beschlossene haben, die Einführung des Achtstunden-Systems am 1. Mal nächsten Jahres zu begehen.

Eine der „Föderation“ einen Vorwurf zu machen, müssen wir sagen, daß uns dieses Tempo doch ein wenig gar zu Behütungs erscheint. Bei den Zimmerleuten haben nach dem Bericht McQuires etwa 40.000 Mann verkürzte Arbeitszeit in diesem Frühjahr gewonnen. Es sind nachträglich auch Schlappen vorgekommen. So bei den „Mill Bands“ (in den Bauwerken) von Chicago und Buffalo. Der Zustand in Detroit scheint verloren gegangen zu sein und im dortigen Arbeiterblatt, sowie in dem in Buffalo und Cincinnati haben wir häufig Klagen über mangelnde finanzielle Hilfe aus dem Hauptquartier vernommen. Wenn sie begründet sind, was kaum zweifelhaft erscheint, so beweist das, daß die Föderation ihre Pflicht nicht gethan hat.

Das sei beiläufig bemerkt, weil nächstes Jahr in den Kohlengruben eine drei- oder viermal größere Anzahl Arbeiter ins Feuer gehen, deren eigene Hilfsmittel obendrein geringer sind als die der Zimmerleute. Es wird also notwendig sein, sich bei Zeiten vorzusehen.

Freudlich ist die Nachricht, daß die Eisen- und Stahlarbeiter nunmehr das Achtstunden-System inszenieren wollen. Dant der technischen Umwälzungen in dieser Industrie ist die „Assoziation“ genötigt worden, ihre Thüren auch den Hilfsarbeitern zu öffnen. Es war nicht freier Wille, sondern bittere Nothwendigkeit. Denn im Fall eines Streiks wären die unorganisirten Helfer vielfach in der Lage, die Stellen der „Qualifizierten“ einzunehmen, wie das ja auch bei den „Freyern“ gegenüber den „Koglern“ schon geschehen ist. Der technische Fortschritt sei gepriesen. Er macht aus „Ingenieurwesen“ „Hänflern“ fortschrittliche Leute. Er wird auch das Achtstunden-System erzwingen.

Die Meinung, daß die Eisenarbeiter es einführen wollen, hat jedoch den bedenklischen Nachsatz, wenn die Fabrikanter damit einverstanden sind. Diesen Verhältnissen wird wohl durch einen lauten Druck nachgeholfen werden können. Und da es sich fast ausschließlich um Affordarbeit handelt, so würde der Widerstand wohl nicht so groß sein, wenn nicht zugleich eine Lohnerhöhung begehrt wird. Die Eisenarbeiter können die Achtstunden-Schicht sehr wohl durchlegen, wenn sie nur ernstlich wollen.

In diesem Falle wäre ein progressives Fortschreiten der Bewegung vorhanden. Mit 40.000 Zimmerleuten und einigen Tausend anderer Arbeiter in diesem Jahre wäre der Anfang gemacht. Im nächsten Jahre die 200.000 Kohlengräber und 60.000 Eisenarbeiter hinzu. Auch könnte der Kongress veranlaßt werden, außer den Postleuten auch den Arbeitern ihrer Kontraktoren das Achtstunden-System zu sichern. Also vorwärts!

Wie hier das „Phil. Tageblatt.“ Man erfieht aus alledem, wie langsam dräuben, unter verhältnismäßig weit günstigeren ökonomischen Voraussetzungen als in der alten Welt, die Bewegung zur Erlangung des Achtstundentages sich vollzieht. Allerdings handelt es sich dort um die Erlangung auf dem Wege der organisirten Selbsthilfe — der Koalition, nicht der Selbsteingebung. Aber dieses Mittel kann keineswegs in allen Industriezweigen mit gleichem Erfolg zur Anwendung gebracht werden, es ist vielmehr mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß es in vielen direkt verlagen, sich als unzureichend erweisen wird. Jedenfalls zeigt das Tempo, in welchem die Bewegung voranschreitet, wie Recht wir hatten, wenn wir in Nr. 25 geschrieben, daß die Amerikaner es noch sein können, wenn sie es auf Grund ihres Feldzugsplans wirklich bis 1898 zur allgemeinen Durchführung des Achtstundentages gebracht haben.

Wir wollen damit Niemand einen Vorwurf machen, es kommt bei diesen Dingen keineswegs auf den Willen der Führer, sondern auf die Bereitschaft der Masse an, auf die Geschäftslage und eine Reihe anderer Faktoren an, deren Bestimmung außerhalb des Willens Einzelner liegt. Wir wollen nur zeigen, daß die im Arbeiterkongressentwurf der deutschen Sozialdemokratie angelegten Termine durchaus nicht zu weit hinausgeschoben wurden, und keineswegs Kulaß zur Entmutigung geben.

Aus Australien. Melbourne, Mitte Juni 1890. Nachdem wir hier, ein kleines Häuflein, lange Zeit sowohl den Prediger in der Wüste gespielt, haben wir jetzt die Genugthuung, zu sehen, daß unsere Bemühungen doch nicht fruchtlos geblieben sind. Englische wie deutsche Sozialisten arbeiten auf der Grundlage freundschaftlicher Verständigung Hand in Hand, und ihre Zahl nimmt mit jedem Tage zu.

Der erste Mal ist auch von uns festlich begangen worden, wenn auch nicht durch Arbeitsthe, so doch durch Abhaltung einer öffentlichen Versammlung in der hiesigen Arbeiter-Halle (Trades-Hall). Die Veranstaltung war sehr gut besucht, von englischen Rednern wurde die Bedeutung des Tages hervorgehoben, und die Anwesenden, größtentheils Arbeiter, waren in festlicher Stimmung. Obwohl die Tagesrede alles that, um poor Jack, den Proletarier, in Dummheit hinzuhalten, so lernt er doch allmählich seine Lage und seine wahren Interessen begreifen. Leider haben wir hier noch mit einem weiten Hinderniß zu kämpfen, das sich dem Fortschritt der Arbeiterklasse in den Weg stellt. Es ist dies der leidenschaftliche Sport, und von dem herab wird Alles angedrückt, diesem Damp Vorstoß zu leisten. Hier heißt es: „Lass das Regieren; spielt, so viel ihr Lust habt, nur bleibt fern von der Politik“.

Die Wächter für Moral und gute Sitte, die Herren von der Geistlichkeit haben sich neulich mit Vorwürfen betreffs Unterdrückung der Protestation an die Regierung gewendet. Der Bischof in höchstehender Person überbrachte die Vorschläge dem Staatssekretär mit dem Ersuchen, daß die Nachrichtenvermittlung der Polizeibehörden erweitert werden mögen. Es würde zu weit führen, die Paragrafen des denkwürdigen Attenwürdes alle anzuzeichnen zu lassen. Genug, das ganze Nachwerk sah aus, wie die Pfaffen selbst. Sogar dem Staatssekretär ging es zu weit, und er fragte daher die Deputation ironisch, ob sie denn nicht wüßten, daß mit Gewaltmaßregeln, wie die in Vorschlag gebrachten, das Uebel nur vergrößert werden würde. Mit einer Besserung dieses gesellschaftlichen Auswuchses müßte auf ganz anderer Seite angegangen werden. Immerhin, meinte er schließlich, wolle er dem Wunsche der Herren Gottesmänner Rechnung tragen und die Vorlage dem Parlament unterbreiten. Wenn die heuchlerische Gesellschaft nur vor der eignen Thüre fegen wolle, da ist Schamus genug. Es geböt hier keineswegs zur Seltenheit, daß Pfaffen öffentlich des Ehebruchs überführt, oder wegen solchen vor der geistlichen Ueberführung schuldig werden.

Weiter kann ich aus dem „Paradiese der Arbeiter“, wie die hiesige Presse Australien so gerne bezeichnet, berichten, daß sich in der Schneidbranche ein „Schwitz-System“ eingeführt hat, das aller Beschreibung spottet und sehr wohl mit Galt-London zu vergleichen ist. Wohl war darüber schon mancher Ruf in die Öffentlichkeit gedrungen, aber alle sind unerbör verhallt, bis sich endlich die Trades-Union der Schneider der Sache mit Eifer annahm. Eine Kommission wurde eingesetzt, die Zustände zu untersuchen und förderte in kurzer Zeit haarsträubende Dinge zu Tage. Die Opfer gehören hauptsächlich dem weiblichen Geschlecht an: verheiratete Frauen, Wittwen, Mädchen. So stellte sich heraus, daß die größten Firmen an diesem schmutzigen Handel theilgenommen. Natürlich alles Handarbeit, alles Stückarbeit. Preise sind bezahlt worden, daß einem Menschen, der nur einen Funken Ehrgefühl besitzt, die Schamröthe in's Gesicht treten muß. Der Verdienst dieser Armen variierte von 4 Sch. 6 Pce. bis 12 Sch. die Woche. In einer öffentlichen Versammlung in der Melbourne-Town-Hall, einberufen von der Schneidergewerkschaft und unter Vorsitz des Mayors von Melbourne, wurden die Ergebnisse der Untersuchung zur Kenntniß des Publikums gebracht, die Anklagen unter donnerndem Applaus der glänzend besetzten Versammlung unermüderlich gekehrt. Die Herren Ausbeuter haben eine heillose Angst bekommen. Viele haben die Preise von selbst erhöht, Andere haben die Handarbeit aufgegeben, ans Furcht, öffentlich gebrandmarkt zu werden. Die Revolutionen, welche in der Versammlung geföhrt und von einflussreichen Politikern unterstützt wurden, lassen an Schärfe nichts zu wünschen übrig. Die Handarbeit soll gänzlich abgeschafft oder bis auf ein Minimum beschränkt werden, und wo letzteres der Fall, sollen die Arbeiterkosten registriert und unter das Fabrikgesetz gestellt werden. Andererseits sollen die Arbeitgeber gehalten sein, Listen zu führen über die Arbeiterpreise, welche sie den Arbeitern als Stücklohn zahlen. Hoffentlich wird das Parlament die Resolution in demselben Sinne und Geiste sanktionieren.

Aufforderung.

Der Fleischhändler H. Schlöffer, früher Fabrikant in Kopenhagen, jetzt in Berlin, wird hiemit öffentlich aufgefordert, die ihm i. J. anvertrauten und auf sein schriftliches Ehrenwort vom 21. Jan. d. J. bisher getreu gebliebenen Gelder ungekürzt zurückzuerstatten. Nach Annahmeverweigerung des letzten Eingelassenen unserer Beauftragten in der Sache, sind wir zu diesem Vorhaben gezwungen und werden über den Erfolg dieser Aufforderung gleichfalls öffentlich berichten.

Kopenhagen. Die deutsche Lesegesellschaft.

Für die gemäßigtesten Streiker in Hamburg sind uns zur Uebermittlung fernher zugegangen: Dattier in Nr. 29. Nr. 1549.45
Gesammelt vom „Deutschen sozialdemokratischen Leseklub“ in Paris Fr. 20. — Nr. 1508.45

Briefkasten

der Expedition: A. Sigm. Constante: Sh. 15.10 per Abon. Rest 90 u. Scht. erh. Bl. mehr. — Sampson Low & Co. Lon.: 7 Pp. f. Scht. erh. — Drauer Wör: Nr. 24.60 Ab. 3. Cu. x. erh. Reklamirte unterwegs. — Athr. Tafel: Naar. v. 29/7 erh. Bl. am 1/8 Weiteres. — X. 3. V.: Die praktischen Folgen widerlegen Ihre Theorie. Schreiben müssen Sie obneidlich, ob Sie dann sagen statt „einige“ — die und die Nummer fehlen, bleibt doch die gleiche Arbeit. Das weiter Ausgeführte hat damit nichts zu thun. Gruß! — Dant: Vergessen Sie nicht, daß viele „Hungrige“ an unserm Tische sitzen, denen Ihr Zwangsaulichen bei uns den Dissen schmälert. Hoffentl. entwickelt sich Ihr neues Terrain besser als das alte zum — Goldland. Gruß! — Rother Seidat: Nr. 1500. — a Gto. Ab. u. Scht. erh. Besllg. folgt. — Mann vom Bolke: Nr. 25. — a Gto. Ab. x. erh. u. Weiteres vorgemerkt. Fr. v. 30/7 hier. Ihre Kombinationen sind absolut irrig was uns anlangt. Die durch uns veranlaßte Offerte haben Sie also zurückgewiesen? Wir bedauern, keine andere Abhilfe zu wissen. — Esterstrand: Nr. 6.20 per Ggr. notir u. Abdr. eingereicht. J. B. anlangend werden Remedur schaffen. Vergessen Sie nicht, daß auch wir Verpflichtungen haben. Außerdem sind Sie nicht die Einzigen, deren Forderungen pünktlicher eintreffen, als das Versprochene. Das hat übrigens Alles mit unserm Vertrauen zu Ihnen Nichts zu thun. Gruß indessen! — Gds. Schum. Cincinnati: P. 8. v. 22/7 erh. Da hatten wir also Recht. — Ferrum: Nr. 15. — per Ab. 3. Cu. gutgeh. u. Bl. am 2/8 Weiteres berichtigt. In Rücksicht der Verhältnisse darf Ihr „Später“ keinesfalls durch neue triftige Gründe weiter verschiebt werden. Gruß! — Glas-Lida: Wöl. 2. — f. Scht. erh. u. Sch. am 2/8 bewirkt. — G. B. Bräffel: Naar. v. 31/7 Bd. zur Kenntniß genommen. Weiter, a Gto. bereits hier. — Donnersberg: Fr. v. 30/7 erh. u. Bstllg. notirt. An 2. geht längst nichts mehr. — Weichen: Nr. 20.15 per Ggr. Gto. A. gutgeh. Auf Verprochenes stehen unverzüglich. Dtschrit. unterwegs. Was ist P. von Berns? — E. Sigm. hier: Sch. 2. — Ab. 3. Cu. erh. — J. P. Olg.: 77 fr. f. Scht. erh. — Vorleg: Nr. 800. — a Gto. Ab. x. erh. Bl. Weiteres. — London: Sch. 1. — Ertrag einer Wette durch Sch. per lfd. Bd. erh. — Pharaos: Bstllg. v. 3/8 folgt nach Wunsch. Bl. mehr. — Dtsch. soz. Leseklub in Paris: Fr. 20. — nach Wunsch zu Lasten Ihres Konto an Hdg. überwiehen u. Bstllg. besorgt. — Roia: Fr. v. 22. 29/7 u. 2/8 erh. Ertrere Bl. erledigt. fdd. x. hier. Ja. Schweigt noch immer. — A. L. Ddn: Fr. 10. — a Gto. Ab. x. erh. u. Weiteres erwartend. — R. A. J. in B.: W. 1. 1. — f. Scht. erh. u. Sch. bewirkt. — Feig III.: Wir nehmen Akt von Ihrer Julage. Sie irren übrigens und werden Bl. hören, was weiter. — Steineiche: Nr. 46. — pr. Ggr. gutgeh. u. Weit. am 6/8 Bl. berichtigt. Gruß! — Scheibe: Nr. 60. — für Berlegtes auf Konto O. erh. und geeigneten Ortes angefolgt. Dant u. Gruß! — J. B. Bräffel: Fr. 26. — a Gto. Ab. u. Scht. f. R. Sch. erh. u. pr. P. B. Rofirtes vorgemerkt. — W. Hoffm. London: Bd. 1. — a Gto. S. u. Scht. erh. — G. A. B. London: Bd. 3. — pr. Jafasso i. R. a Gto. Ab. x. gutgeh. — Dant: Nr. 100. — a Gto. Ab. x. u. Nr. 92.20 pr. Ggr. gutgeh. Das Weiteres haben auch wir vorgelesen. Gelegenheit mehr darüber. — Schippe: Fr. folgen, sobald verhandelt. Abdr. geordnet. Bl. das Gemüths. — Weister Ungleich: Berfahren nach Vorkehr v. 4/8. und gewärtigen Rofirtes. Gruß. — Rouchard Järid: Du bist dem Schnaps zu Ruh und Frommen bei dem „Revoluer“ angekommen? In der Verläumdung u. Schurkerei fähst du den Fiel frank und frei.

London. Kommunistischer Arbeiter-Bildungs-Verein
49 Tottenham Street.
Samstag den 9. August, Abends 9 Uhr
Außerordentliche Generalversammlung.
Wichtige Angelegenheiten.

Samstag den 16. August
Vortrag von Vgr. Lehner
über
Politische und sozialökonomische Propaganda der Arbeiter-Klasse.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Das Komite.**

Im Buchhandel augenblicklich vergriffen, bei uns sowie der Schriftenthale in Paris noch zu beziehen:
Karl Marx, Das Kapital, Bd. I, Nr. 9. —
„ II, „ 8. —

Durch Unterzeichnete ist zu beziehen:
Der Ursprung der Familie, des Privateigenthums und des Staats.
Von Friedrich Engels.
Preis 1 Mark.

Die Jearier in Nord-Amerika.
Eine Warnung vor kommunistischen Kolonialverbindungen.
Von A. Depner.
Preis: 40 Pfg. — 50 Cts.

Neues Wintermärchen.
Preis: 25 Pfg. — 30 Cts.

Als Agitationsbroschüre
empfehlen wir
Der Kleinbürger
und die
Sozialdemokratie.
Ein Mahnwort an die Kleingewerbetreibenden.
Von Johann Most.
Preis 40 Pfg. — 50 Cts.
E. Bernstein & Co.
114 Kentish Town Road London NW.

Printed for the proprietors by the German Co-operative Publishing Co.
Kentish Town Road 114 London. NW.